



# NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 23.06.2020,

in der Jugendstil-Festhalle, Großer Saal, Mahlastraße 3

Beginn: 16:30

Ende: 19:34



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Margit Frey

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

AfD

Christian Gies

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

bis 18.55 Uhr TOP 31 ö.S.

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Tobias Schreiner



Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Stefan Joritz

(Rechtsamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Falk Pfersdorf

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Sandra Diehl

(Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Klaus Kißel

(Ortsvorsteher Arzheim)

Rolf Kost

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

FWG

Rudi Klemm

AfD

Alfred Haas

Die LINKE

Bastian Stock

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Aufhebung der als Maßnahme zur Verhinderung der schnellen Verbreitung des Corona Virus in der Sitzung des Stadtrates am 17.03.2020 beschlossenen temporären Änderung der Zuständigkeiten der städtischen Gremien  
Vorlage: 300/019/2020
3. Zusammenschluss der Sparkasse Südliche Weinstraße und der Sparkasse Germersheim-Kandel zum 1. Januar 2021 - Weisungsbeschluss  
Vorlage: 100/315/2020
4. Bericht über die Umsetzung des Beschlusses "Sicherer Hafen" vom 17. März 2020; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sicherer Hafen jetzt umsetzen!  
Vorlage: 101/546/2020
5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Behältern für Hundekotbeutel an den Queich- und Reiterwiesen  
Vorlage: 101/549/2020
6. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Unterstützung der heimischen Schaustellerbetriebe  
Vorlage: 101/550/2020
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung von Kerngebieten nach § 7 BauNVO  
Vorlage: 101/551/2020
8. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Baumschutzsatzung für Landau  
Vorlage: 101/552/2020
9. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Runder Tisch Kultur  
Vorlage: 101/553/2020
10. Nachwahlen in verschiedene Ausschüsse  
Vorlage: 100/312/2020
11. Wahl der Mitglieder des Universitätsausschusses  
Vorlage: 100/308/2020
12. Notwendige Personalentscheidungen in der sitzungsfreien Zeit  
Vorlage: 110/179/2020



13. Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2
- 13.1. Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2;  
Aktualisierung Maßnahmenliste  
Vorlage: 200/329/2020
- 13.2. Sanierung der Schulsportanlage am Eduard-Spranger-Gymnasium  
Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2020  
Vorlage: 400/164/2020
- 13.3. Neubau der Jugendverkehrsschule am Standort Horstringgrundschule, Vergabe  
von Ingenieurleistungen  
Vorlage: 400/162/2020
14. Verlängerung der Frist für zinslose Stundung städtischer Steuerforderungen  
gegenüber Unternehmen, insbesondere der Gewerbesteuer, anlässlich der  
Corona-Krise  
Vorlage: 220/039/2020
15. Wohnerbbaurechte;  
Festsetzung des Erbbauzinses bei der Neubestellung oder Verlängerung von  
Wohnerbbaurechten an städtischen Grundstücken sowie Grundstücken der  
Bürgerstiftung Landau in der Pfalz  
Vorlage: 230/421/2020
16. Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung  
Vorlage: 300/016/2020
17. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Benutzung des  
Krematoriums in der Stadt Landau (Benutzungsordnung Krematorium)  
Vorlage: 300/018/2020
18. Vergabe von Unterhaltsleistungen an Bänken und Tischen in den Jahren 2020  
bis 2023  
Vorlage: 350/165/2020
19. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Schulneubau des Caritas-  
Förderzentrums St. Laurentius und Paulus, Schule mit dem Förderschwerpunkt  
ganzheitliche Entwicklung, Herxheim  
Vorlage: 400/161/2020
20. Ausschreibung der Sportfahrten der verschiedenen Landauer Schulen zu  
Sportanlagen und zum LaOla für das Schuljahr 2020/2021  
Vorlage: 400/163/2020
21. Projekt „Wohnen für Hilfe“ des Vereins Seniorenbüro-Ehrenamtsbörse e.V.  
Vorlage: 500/052/2020
22. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 22 'Ile de France' - 1. Teiländerung“ für  
den Bereich Zweibrücker Straße, Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1  
Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/601/2020



23. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“, Aufhebung des bestehenden Durchführungsvertrages  
Vorlage: 680/220/2020
24. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“, Wechsel des Vorhabenträgers  
Vorlage: 610/622/2020
25. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“  
Vorlage: 680/221/2020
26. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/602/2020
27. 25. Teiländerung des „Flächennutzungsplanes 2010“ der Stadt Landau „westlich Horstring“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „F1 Neuaufstellung II, 1. Teiländerung“, Gemarkung Landau; Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 610/615/2020
28. Neues Stadtquartier Südwest  
Vergabe der Planungsleistungen für den städtebaulichen Entwurf / Rahmenplan  
Vorlage: 680/218/2020
29. 26. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau „Ecke Hagenauer Straße und Wollmesheimer Höhe“ (Parallelverfahren), Gemarkung Wollmesheim; Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 610/618/2020
30. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „A 16, Altstadtblockbereich nördlich Theaterstraße/ östlich Kleiner Platz („Ufersche Höfe“)“; Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/619/2020
- 30.1. Begleitantrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ufersche Höfe  
Vorlage: 101/554/2020
31. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan „B2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/Maximilianstraße/Linienstraße (Kaufhofareal)  
Vorlage: 680/219/2020
32. Bebauungsplan „B 2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/ Maximilianstraße/ Linienstraße (Kaufhofareal); Entwurfs- und Offenlagebeschluss  
Vorlage: 610/621/2020
33. 8. Änderung des Bauprogramms 2018 - 2021  
Vorlage: 660/232/2020





34. Freigestellter Schülerverkehr Caritas Förderzentrum St. Laurentius und Paulus (Los 1) sowie Paul-Moor-Schule (Los 2); Vergabe der Dienstleistung „Schülerbeförderung“  
Vorlage: 680/222/2020
35. Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung  
Vorlage: 860/469/2020
36. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### **Aufhebung der als Maßnahme zur Verhinderung der schnellen Verbreitung des Corona Virus in der Sitzung des Stadtrates am 17.03.2020 beschlossenen temporären Änderung der Zuständigkeiten der städtischen Gremien**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 15. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Mit der Entscheidung zu Beginn der Pandemie, den Hauptausschuss weitgehend mit den Rechten des Stadtrates und der Ausschüsse auszustatten, habe man die Handlungsfähigkeit der Stadt gewährleisten können. In einer Sitzung des Ältestenrates in den Sommerferien werde man dann über die Sitzungsterminierung- und Gestaltung im 2. Halbjahr 2020 reden.

Ratsmitglied Kerbstat kritisierte, dass sie durch die Entscheidung alle Kompetenzen dem Hauptausschuss zu geben, von der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeit ausgeschlossen worden sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den Beschluss zur temporären Änderung der Zuständigkeiten der städtischen Gremien als Maßnahme zur Verhinderung der schnellen Verbreitung des Coronavirus in Landau in der Pfalz vom 17.03.2020, Sitzungsvorlage 300/017/2020, mit sofortiger Wirkung aufzuheben.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### Zusammenschluss der Sparkasse Südliche Weinstraße und der Sparkasse Germersheim-Kandel zum 1. Januar 2021 - Weisungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 27. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei dies ein Zusammenschluss aus einer beiderseitigen Position der Stärke heraus. Damit wolle man die Effizienzen und Potentiale in Zukunft noch besser nutzen. Vor rund 30 Jahren hätten sich die damaligen Kreis- und Stadtparkassen zusammengeschlossen. Im Rückblick bezweifle heute niemand mehr, dass dies eine kluge und wegweisende Entscheidung gewesen sei. Auch heute würden sich Dinge sehr gut zusammenfügen, so dass dies die beste Grundlage für die neue Sparkasse Südpfalz sei.

Ratsmitglied Saßnowski unterstrich, dass einem der Prozess dieser Fusion schon eine Weile beschäftige. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion sehe eine große Chance in dieser Fusion. Es biete sich die Chance der Spezialisierung, der Zusammenführung von Kompetenzen und der Bündelung der Kräfte. Und es biete sich auch die Chance, die Sparkasse zu modernisieren, alte Traditionen zu hinterfragen. Es biete sich die Chance über eine Gleichstellungsquote nachzudenken und darüber nachzudenken, wie sich Diversität umsetzen lasse. Man sei gespannt, wo der Weg der Sparkasse hinführe. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass man vor großen Herausforderungen und Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft stehe. Dies treffe insbesondere auch auf die Regionalbanken zu. Daher sei es erforderlich einen solchen Schritt zu machen, wenn es einem noch gut gehe. Man habe zwei Partner fast auf Augenhöhe, die auch geographisch zusammenpassen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme aus Überzeugung zu.

Ratsmitglied Maier stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zu. Die Fusion sei das Gebot der Stunde und passe auch regional gut zusammen.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass Sparkassen eine besondere Funktion hätten. Fusionen würden Möglichkeiten bieten, würden immer aber auch einem gewissen Zwang unterliegen. Er hoffe, dass es keine Einbrüche bei der Beschäftigtenzahl gebe, vor allem nicht bei den Auszubildenden. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Herrmann war der Meinung, dass die Zeit zeigen werde, ob die jetzige Entscheidung richtig war. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah die Fusion in der geplanten Form kritisch. Für sie sei die Land auf, Land ab grassierende Fusionitis nicht zustimmungsfähig. Aus ihrer Sicht gebe es für diese Fusion keine unbedingte Notwendigkeit. Die Sparkassen seien ursprünglich als Daseinsvorsorge entstanden, dies würde zunehmend leiden. Sie befürchte Nachteile für Menschen, die eine persönliche Beratung brauchen. Man werde mögliche Filialschließungen sehr kritisch beobachten. Auch bei der Besetzung der künftigen Sparkassengremien drohe ein Demokratiedefizit, wenn Landau nur noch 3 Sitze haben werde. Diese Fusion sei aus ihrer Sicht nicht notwendig. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.



Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass diese Fusion frühzeitig und mit Weitblick in die Wege geleitet worden sei. Um am Markt bestehen zu können, brauche man eine gewisse Stärke und Größe. Die Fusion sei die Reaktion auf ein verändertes Kundenverhalten, vieles sei im Wandel. Er sei überzeugt, dass die Sparkasse zur Pfalz, zu unserer Heimat gehöre. Daher sei dies ein guter Weg, der richtig sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner erklärte, dass trotz der Bedenken wegen eines Personalabbaus und weniger Filialen viele vernünftige Argumente für die Fusion sprechen würden. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme daher ebenfalls zu.

Herr Jung freute sich über das Signal, dass man mit großer Mehrheit der Fusion zustimmen werde. Er könne Bedenken nachvollziehen, aber Notwendigkeiten müsse man sich stellen. In 5 Jahren wäre dies zu spät, daher sei es jetzt vernünftig. Man werde künftig auch eher mehr als weniger Auszubildende haben und es werde keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Die künftige Größe des Verwaltungsrates der Sparkasse sei die gesetzliche Höchstzahl, mehr gehe nicht. Er biete aber auch immer wieder an, in die Fraktionen zu kommen und dort Rede und Antwort zu stehen. Dies gelte selbstverständlich auch weiterhin.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**dass die Vertreter der Stadt Landau in der Verbandsversammlung des bisherigen Sparkassenzweckverbandes Landkreis Südliche Weinstraße, Stadt Landau in der Pfalz, Stadt Edenkoben angewiesen werden, an den erforderlichen Beschlüssen der Verbandsversammlung mitzuwirken und nachfolgendem, in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss des Stadtrates zur Umsetzung zu verhelfen:**

**„Der Stadtrat beschließt die Zustimmung**

- a) zur Vereinigung der aufnehmenden Sparkasse Südliche Weinstraße mit der aufzunehmenden Sparkasse Germersheim-Kandel auf der Grundlage des in der Sitzung vorgestellten Fusionskonzeptes zum Vereinigungszeitpunkt 1. Januar 2021,
- b) zum Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages (Vereinigungsvertrag) zwischen dem Träger Sparkassenzweckverbandes Landkreis Südliche Weinstraße, Stadt Landau in der Pfalz, Stadt Edenkoben und dem Träger Zweckverband der Sparkasse Germersheim-Kandel über die Vereinigung der beiden Sparkassen,
- c) zur Umbenennung des Sparkassenzweckverbandes Landkreis Südliche Weinstraße, Stadt Landau in der Pfalz, Stadt Edenkoben zum Zweckverband der Sparkasse Südpfalz mit der Zweckverbandsordnung und der Aufnahme der Verbandsmitglieder des Zweckverbandes der Sparkasse Germersheim-Kandel,
- d) zum vorliegenden Entwurf der neuen Satzung der Fusionssparkasse,
- e) dass redaktionelle Änderungen oder andere Hinweise der Sparkassenaufsichtsbehörde, der kommunalen Aufsichtsbehörde, der Vertreter der Vertragsparteien, die den Inhalt der Fusionsvereinbarung nicht verändern, bis zum Unterzeichnungstermin in der Vereinbarung eingearbeitet werden können,



- f) dass alle Empfehlungen, Zustimmungen und Ermächtigungen unter dem Vorbehalt stehen, dass die beabsichtigte Fusion zustande kommt. Das heißt insbesondere, dass die Träger beider Sparkassen entsprechende übereinstimmende Beschlüsse fassen und die erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde erteilt werden.“



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### **Bericht über die Umsetzung des Beschlusses "Sicherer Hafen" vom 17. März 2020; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sicherer Hafen jetzt umsetzen!**

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass man am 17. März 2020 im Stadtrat den Beschluss gefasst habe, der Initiative „Sicherer Hafen“ beizutreten. Man habe schon in dieser Sitzung deutlich gemacht, dass man in der Vergangenheit schon mehr Flüchtlinge aufgenommen habe, als man nach der Landesquote müsste. Grundsätzlich sei man bereit auch weitere Flüchtlinge aufzunehmen, wenn die Kostenträgerschaft geklärt sei. Der jetzt vorliegende Antrag der SPD habe den gleichen Regelungsinhalt wie das, was man schon vor 3 Monaten besprochen habe. Daher werde man heute nicht über den Antrag abstimmen, da die 6-Monats-Frist nicht gewahrt sei. Gemäß dem letzten Stadtratsbeschluss habe man den Beitritt zum Bündnis Sicherer Hafen erklärt und die Bundes- und Landesregierung angeschrieben. Was noch ausstehe sei die Antwort der Landesregierung, wie es mit der Kostenübernahme aussehe.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag vom 28. Mai 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, aufrechterhalten wolle. Sie sei nicht der Meinung, dass der Antrag den gleichen Inhalt wie der Antrag vor 3 Monaten habe. Vor allem könne sie nicht erkennen, dass seit dem Beschluss zum Beitritt zum Bündnis „Sicherer Hafen“ irgendetwas passiert sei. Das Ministerium erkläre, dass Städte bereit sein müssten über die Quote hinaus aufzunehmen. Es könne dabei auch nicht um die Kostenfrage gehen, dies sei nicht ihr Verständnis von „Sicherer Hafen“. Daher gehe dieser Antrag heute sehr viel weiter als das, was man im März beantragt habe. Daher beantrage sie, dass über den Antrag abgestimmt werde. Welchen Sinn mache „Sicherer Hafen“, wenn keiner was tue sondern auf die anderen warte.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man genau diese Diskussion bereits im März geführt habe. Er verstehe den Beitrag von Frau Schwarzmüller so, dass man zur Geschäftsordnung abstimmen solle, ob der Antrag zulässig sei oder nicht.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstützte die Argumentation von Frau Schwarzmüller. Aus ihrer Sicht sei Kern des heutigen Antrages die überquotale Aufnahme von Flüchtlingen. Sie halte daher den Antrag für zulässig.

Der Stadtrat stellte mit 13 Ja-, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen fest,

**dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nicht die Vorgaben der Geschäftsordnung erfülle, da er den wesentlich gleichen Inhalt wie der Antrag von 7. März 2020 habe. Eine Beratung des Antrages erfolgt daher nicht.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Behältern für Hundekotbeutel an den Queich- und Reiterwiesen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 6. Juni 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Gies begründete den Antrag. Es sei das Anliegen herangetragen worden, Hundekotbeutelspender in den Queichwiesen und Reiterwiesen aufzustellen.

Der Vorsitzende betonte, dass man sich schon mehrfach mit dem Thema befasst habe und eine entsprechende Beschlusslage habe. Demnach würden in den Stadtteilen diese im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihres Budgets selbst entscheiden, ob sie Hundekotbeutelspender aufstellen. Im Stadtgebiet mache dies der EWL. Die Beschlusslage sei insofern geklärt, so dass hier im Moment kein Handlungsbedarf bestehe.

Der Stadtrat lehnte mit 2 Ja- und 40 Nein-Stimmen

**den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion, an den Queichwiesen und den Reiterwiesen Hundekotbeutelspender aufzustellen, ab.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Unterstützung der heimischen Schaustellerbetriebe**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 3. Juni 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Gies begründete den Antrag. Der Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie habe der Wirtschaft massiv geschadet, viele Existenzen seien bedroht. An die Schaustellerbetriebe sei wenig gedacht worden. Diese seien faktisch seit 1 Jahr ohne Einkommen. Er freue sich, dass die Stadt in der Zwischenzeit bereits reagiert habe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass sich der Antrag im Grunde erledigt habe, da die Stadt bereits tätig sei. So werde es in den Sommermonaten als Einzelattraktion das Riesenrad auf dem Rathausplatz geben. Dies habe eine gewisse Win-Win-Situation auch für den Einzelhandel in der Stadt. Zudem solle es anstelle des abgesagten Herbstmarktes einen „mobilen Freizeitpark“ geben, quasi ein „Holiday Park“ im Kleinen.

**Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis. Dieser ist durch die bereits erfolgte Umsetzung durch die Verwaltung erledigt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung von Kerngebieten nach § 7 BauNVO**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14. Juni 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schowalter begründete den Antrag. Es bedürfe eines deutlichen Zeichens des Stadtrates an Menschen, die sich nach dem Ausgehen sehnen. Auch bedürfe es eines Zeichens an Menschen, die bereit seien zu investieren und Existenzen zu gründen. Und es bedürfe eines Signals der Verwaltung, dass man nach pragmatischen und kreativen Lösungen suche. Seine Fraktion habe sich in dem Antrag auf Kerngebiete nach § 7 BauNVO konzentriert. Wenn man am Ende der Prüfung bei einem urbanen Gebiet lande, sei es auch ok.

Der Vorsitzende begrüßte die Aussagen von Herrn Schowalter ausdrücklich, auch die Verwaltung beschäftige dieses Thema. In der Innenstadt habe man zunehmend auch das Wohnen, welches das Mischgebiet Innenstadt präge. Man nehme den Prüfauftrag gerne an. Er schlage vor, dass man dies dann ausführlich im Bauausschuss erörtere. Der Konflikt zwischen Wohnen/Schlafen und Feiern werde in der Innenstadt bleiben.

Ratsmitglied Kleemann war der Meinung, dass Diskotheken am Stadtrand nicht funktionieren würden. Diese würden nicht angenommen werden, vor allem nicht von Studenten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu prüfen, welche innerstädtischen Flächen als Kerngebiete nach § 7 BauNVO ausgewiesen werden können, wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Baumschutzsatzung für Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 15. Juni 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Gerade gestern seien wieder Bäume in der Ostbahnstraße jetzt in der Vegetationsphase sehr stark zurückgeschnitten worden. Hier sei umdenken erforderlich und ein sensiblerer Umgang mit Bäumen. Durch eine Baumschutzsatzung könne klar geregelt werden, wann Bäume gefällt werden dürfen. Sie sei damit einverstanden, den Antrag in den Umweltausschuss zu überweisen und dort zu beraten. Wichtig sei ihr, dass es aber auf den Weg gebracht werde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man sich auch mit diesem Thema nicht zum ersten Mal beschäftige. Es habe schon mehrere Anläufe gegeben.

Beigeordneter Hartmann unterstrich, dass man dieses Thema ohnehin für die Herbstsitzung des Umweltausschusses vorgesehen habe. Man könne bis dorthin gerne die geplanten Regelungen in Landau und die in Kaiserslautern gegenüberstellen

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Baumschutzsatzung zu beschließen, wird in den Umweltausschuss verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Runder Tisch Kultur

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 16. Juni 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Heidbreder begründete den Antrag. Alarmstufe Rot herrsche bei den Künstlern und kulturtreibenden Vereinen. Die Lage der Veranstaltungswirtschaft sei besorgniserregend. Gerade die Kultur und Eventbranche sei stark betroffen. Deshalb wolle man alle an einen Tisch bringen, um gemeinsam nach Ideen und Rahmenbedingungen zu suchen, unter denen Kultur künftig in Landau stattfinden könne. Wie können Nutzungskonzepte aussehen und unterstützt werden. Diese und andere Fragen könnten am Runden Tisch Kultur besprochen werden. Natürlich werde dieser Runde Tisch Kultur nicht alle Probleme der Kulturbranche lösen. Trotzdem sollte man sich Gedanken über die Kulturstadt Landau machen. In diese Gespräche sollten auch die Wirtschaftsförderung und das Büro für Tourismus eingebunden werden. Es gehe nicht darum, den geplanten Kulturbeirat zu ersetzen, sondern solle eine einmalige Sache sein. Kultur sei systemrelevant und dürfe nicht im Regen stehen gelassen werden.

Der Vorsitzende betonte, dass die Kulturabteilung in den letzten Wochen extrem belastet gewesen sei. Im Moment gehe es darum, Hygienepläne zu entwickeln, damit die Häuser wieder bespielbar seien. Die Veranstaltungsräume in der Festhalle und im Alten Kaufhaus würden uns vor große Herausforderungen stellen. Er sehe eine gewisse Schwierigkeit, einen solchen Runden Tisch einzuberufen. Es fehle im Moment an den Adressen, derer die man einladen könnte und es fehle an Räumlichkeiten. Er schlage vor, öffentlich zu einer Videokonferenz einzuladen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Einrichtung eines „Runden Tisches Kultur“, der institutionelle und freie Kultureinrichtungen, Kulturinitiativen, Künstlerinnen und Künstler, sowie Veranstalterinnen und Veranstalter zusammenbringt, um eine gemeinsame Strategie zum Neustart des durch die COVID-19-Pandemie stark beeinträchtigten Landauer Kulturlebens zu diskutieren und voranzubringen. Dieser Prozess soll von der Kulturabteilung der Stadt initiiert und koordiniert werden. Hierzu soll öffentlich zu einer Videokonferenz eingeladen werden.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Nachwahlen in verschiedene Ausschüsse

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt nachfolgende Bürgerinnen und Bürger als beratende Mitglieder in den Schulträgerausschuss und den Jugendhilfeausschuss:**

### Schulträgerausschuss

#### Elternvertreter

Herrn Stefan Burckhardt, Landau (Max-Slevogt-Gymnasium)

Frau Sandra Völker, Bornheim (Nordringschule)

Herrn Stephan Andres, Frankweiler (Berufsbildende Schule)

#### Arbeitnehmervertreter

Frau Maria Hammer, Neustadt als Mitglied

Herrn Moritz Resch, Landau als stellvertretendes Mitglied

#### Arbeitgebervertreter

Herrn Markus Rohrbacher, Landau als stellvertretendes Mitglied

### Jugendhilfeausschuss

#### Vertreter aus dem Kreis der Eltern der Landauer Kindertagesstätten

Herrn Gerd Schöffel, Landau (Protestantische Kindertagesstätte Langstraße)  
als Mitglied

Herrn Lars Scherer, Landau (Schülertagesstätte Grundschule Süd)  
als stellvertretendes Mitglied



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Wahl der Mitglieder des Universitätsausschusses**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 3. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt aufgrund des dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlags die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Universitätsausschusses.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Notwendige Personalentscheidungen in der sitzungsfreien Zeit**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 9. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Es wird zugestimmt, dass notwendige Personalentscheidungen, die der Beschlussfassung des Hauptausschusses nach § 47 Abs. 2 GemO unterliegen, in der sitzungsfreien Zeit zwischen**

- 24. Juni 2020 bis 17. August 2020

**von der Verwaltung getroffen werden können.**

**Der Hauptausschuss wird in seiner Sitzung am 18. August 2020 über die jeweilige Personalentscheidung unterrichtet.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.1. (öffentlich)

### **Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2; Aktualisierung Maßnahmenliste**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 3. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Um die Fördermöglichkeiten optimal ausschöpfen zu können, müsse man die Maßnahmenliste nochmal anpassen. Man habe sich entschieden die Sportanlagen des Eduard-Spranger-Gymnasiums und der Integrierten Gesamtschule zusammenzulegen. Dort seien nun erhebliche Mehrkosten bei den Maßnahmen zur Regenrückhaltung entstanden, die dazu führen, dass die Jugendverkehrsschule nicht in diesem Programm bleiben könne. Hier müsse man einen neuen Fördertopf suchen. Das verbleibende Geld werde man auf die Sporthalle West übertragen, so dass man dort dann auf eine Förderquote von 80 % komme.

Ratsmitglied Maier betonte, dass der SPD-Stadtratsfraktion die Sanierung und Erweiterung der Jugendverkehrsschule sehr wichtig sei. Daher sei es gut, dass man hier nach Lösungen suche.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**eine Anpassung der Maßnahmenliste des Kommunalen Investitionsprogramms 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0 Kapitel 2) wie in der Begründung dargestellt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.2. (öffentlich)**

**Sanierung der Schulsportanlage am Eduard-Spranger-Gymnasium  
Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2020**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 29. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 13.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**für das Haushaltsjahr 2020 überplanmäßige Mittel in Höhe von 220.000,00 € auf dem PK 2170.0353 zur Verfügung zu stellen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.3. (öffentlich)**

**Neubau der Jugendverkehrsschule am Standort Horstringgrundschule, Vergabe von Ingenieurleistungen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 19. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 13.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Ausführung der Ingenieurleistungen für den Neubau der Jugendverkehrsschule in Landau in der Pfalz ist dem Ingenieurbüro WSV Beratende Ingenieure GmbH, Saarbrücken, zu den Preisen ihres Angebotes vom 26.03.2020, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 49.033,02 Euro abschließt, zu erteilen. Vorerst sollen nur die Planungsleistungen für die Leistungsphasen 1 und 2 in Höhe von 7.453,26 € beauftragt werden. Die Beauftragung der weiteren Planungsleistungen der Phasen 3 bis 9 soll schrittweise erfolgen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Verlängerung der Frist für zinslose Stundung städtischer Steuerforderungen gegenüber Unternehmen, insbesondere der Gewerbesteuer, anlässlich der Corona-Krise**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 26. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dass die bisher befristete Regelung, wonach die Verwaltung ermächtigt wurde, zinslose Stundungen für städtische Steuerforderungen gegenüber Unternehmen bis zum 30.06.2020 auf Antrag der Steuerpflichtigen bis 250.000 Euro im Einzelfall zu gewähren bis 30.09.2020 verlängert wird. Die Antragstellung der Stundung erfolgt weiterhin ohne formelle und sachliche Prüfung und kann aufgrund der besonderen Situation per E-Mail ohne Unterschrift erfolgen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)**

**Wohnerbbaurechte;**

**Festsetzung des Erbbauzinses bei der Neubestellung oder Verlängerung von  
Wohnerbbaurechten an städtischen Grundstücken sowie Grundstücken der  
Bürgerstiftung Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 19. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dass bei der Neubestellung von Wohnnerbbaurechten bzw. der Verlängerung bestehender Wohnnerbbaurechte über 20 Jahre ein Erbbauzins in Höhe von drei Prozent des jeweils gültigen Bodenrichtwertes pro Jahr vereinbart wird. Bei einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren beträgt der Erbbauzins für die ersten 20 Jahre drei Prozent und für die letzten 10 Jahre dreieinhalb Prozent des jeweils gültigen Bodenrichtwertes pro Jahr.**

**Längere Laufzeiten für Wohnnerbbaurechte sollen nur noch nach Einzelfallprüfung und auf Grundlage von Einzelfallbeschlüssen hinsichtlich der Laufzeit und des Erbbauzinses möglich sein.**

**Diese Regelungen sollen ab Beschlussfassung gelten.**

**Gleichlautender Beschluss gilt für die Grundstücke der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)**

**Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 16. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1) den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.
- 2) den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Friedhofsgebühren“ als Satzung.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Benutzung des Krematoriums in der Stadt Landau (Benutzungsordnung Krematorium)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 18. Mai 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Benutzung des Krematoriums in der Stadt Landau“ (Benutzungsordnung Krematorium) als Satzung.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Vergabe von Unterhaltsleistungen an Bänken und Tischen in den Jahren 2020 bis 2023**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 9. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Vergabe von Unterhaltsleistungen an städtischen Bänken und Tischen in den Jahren 2020 bis 2023 an die Firma Therapieverbund Ludwigsmühle gGmbH Landau in Landau mit einer Auftragssumme in Höhe von 165.803,42 Euro zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)**

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Schulneubau des Caritas-Förderzentrums St. Laurentius und Paulus, Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, Herxheim**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport, vom 5. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der dieser Sitzungsvorlage anliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Caritas Betriebsträgersgesellschaft mbH Speyer (CBS) mit dem Caritasverband für die Diözese Speyer e.V. und den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim sowie den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz und Neustadt an der Weinstraße zum Schulneubau des Caritas-Förderzentrums St. Laurentius und Paulus, Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, Herxheim, zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)**

**Ausschreibung der Sportfahrten der verschiedenen Landauer Schulen zu Sportanlagen und zum LaOla für das Schuljahr 2020/2021**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 2. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Vergabe der Sportfahrten der verschiedenen Landauer Schulen zu Sportanlagen und zum LaOla für das Schuljahr 2020/2021 an den preisgünstigsten Bieter je Los, welcher in der noch laufenden Ausschreibung ermittelt wird. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag im Rahmen der vorgesehenen Haushaltsmittel entsprechend zu vergeben.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)**

**Projekt „Wohnen für Hilfe“ des Vereins Seniorenbüro-Ehrenamtsbörse e.V.**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 4. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Silbernagel bat darum, einen steuerrechtlichen Hinweis zu verankern, da es nicht darum gehe, Einkünfte zu erwirtschaften.

Herr Messemer wies darauf hin, dass das einzelfallbezogen zu bewerten sei. Man werde dem Sozialamt entsprechende Hinweise geben.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ des Vereins Seniorenbüro-Ehrenamtsbörse e.V. wird im Jahr 2020 mit maximal 4.400 € sowie in den Jahren 2021 und 2022 mit maximal je 7.500 € gefördert.**

**Die Förderung wird entsprechend der Höhe des noch zu beantragenden Landeszuschusses reduziert.**

**Die Mittel werden aus den Haushaltsmitteln des Sozialamtes außerplanmäßig bereitgestellt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 22 ‘Ile de France’ - 1. Teiländerung“ für den Bereich Zweibrücker Straße, Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 a BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „C 22 ‘Ile de France’ - 1. Teiländerung“ gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom Januar 2020 abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses (Anlage 1).
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 22 ‘Ile de France’ - 1. Teiländerung“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom Februar 2020 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“, Aufhebung des bestehenden Durchführungsvertrages**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Aufhebung des bestehenden Durchführungsvertrages für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“ wird zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“, Wechsel des Vorhabenträgers**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Dem Wechsel des Vorhabenträgers für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“ wird zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)**

**Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Dem in der Anlage beigefügten Entwurf des Durchführungsvertrags mit dem künftigen Vorhabenträger „DB Jardin 23 GmbH“ zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“ wird zugestimmt.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf vom September 2018 sowie zu den Entwurfsfassungen vom April 2019 und Januar 2020 entsprechend den in der als Anlage 9 beigefügten Synopse vom 02. März 2020 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf vom September 2018 sowie zu den Entwurfsfassungen vom April 2019 und Januar 2020 entsprechend den in der als Anlage 8 beigefügten Synopse vom 2. März 2020 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 36, Zweibrücker Straße 23“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom März 2020 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)**

**25. Teiländerung des „Flächennutzungsplanes 2010“ der Stadt Landau „westlich Horstring“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „F1 Neuaufstellung II, 1. Teiländerung“, Gemarkung Landau; Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet wird das Verfahren zur 25. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 „westlich Horstring“ der Stadt Landau in der Pfalz eingeleitet. Der Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

### Neues Stadtquartier Südwest

#### Vergabe der Planungsleistungen für den städtebaulichen Entwurf / Rahmenplan

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei eine gute Diskussion in der Jury gewesen. Das Juryergebnis gebe auch einige Hausaufgaben an den Planer.

Ratsmitglied Heidbreder war sehr froh über den Gewinnerentwurf, da man damit vielen verschiedenen Ansprüchen gerecht werde. Man schaffe Wohnraum für Miete und Wohnraum für Eigentum. Man schaffe ein Quartier mit verkehrsberuhigten Bereichen und kurzen Wegen. Man schaffe einen Ort, den viele bald ihr Zuhause nennen können. Sie sei froh, dass man nun Frieden in dieses Projekt gebracht habe. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Löffel betonte, dass lange in diesem Prozess gerungen worden sei. Man habe einen guten Kompromiss gefunden und gehe heute einen wegweisenden Schritt. Man freue sich auf ein lebenswertes neues Quartier. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Rocker erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Die Vision des autoarmen Gebietes und auch die vorgelegte Entwurfsplanung überzeuge. Man befürworte parallel einen begleitenden Prozess durch ein Gremium, dass die Entwicklung fachlich und politisch begleite.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass man nun in die Umsetzungsphase einsteige. Die angedachte grüne Fuge werde Menschen anziehen, was ähnlich wie auf dem Landesgartenschaugelände zu einem hohen Freizeitwert führen könne mit allen bekannten Problemen. Der Supermarkt auf dem ehemaligen Hofmeister-Gelände könne zusätzlich ein Gewinn für dieses Gebiet sein. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Herrmann stimmte für die AfD-Stadtratsfraktion dem Planungsentwurf grundsätzlich zu. Die Verlagerung des geplanten Einkaufsmarktes auf das Hofmeister-Gelände sei hinsichtlich der Verkehrssituation unglücklich gestaltet.

Ratsmitglied Kleemann fand den Planungsentwurf gelungen, er gefalle der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sehr gut. Da man aber generell gegen Bebauung auf der grünen Wiese sei, lehne man die Vorlage ab.

Ratsmitglied Silbernagel freute sich, dass dieses Gebiet jetzt mit einem ganz neuen Konzept auf den Weg gebracht werde. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner begrüßte die soziale und ökologische Planung dieses Gebietes. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

**der Beauftragung der Bewerbungsgemeinschaft „Thomas Schüler Architekten | Stadtplaner“ Ackerstraße 19, 40233 Düsseldorf und „faktorgruen Landschaftsarchitekten bdla Beratende Ingenieure“, Merzhauser Straße 110, 79100**



**Freiburg(1. Preisträger des städtebaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs) mit den Planungsleistungen für den städtebaulichen Entwurf „Neues Stadtquartier Südwest“ zu einem Honorar einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 121.576.35 Euro zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)**

**26. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau „Ecke Hagenauer Straße und Wollmesheimer Höhe“ (Parallelverfahren), Gemarkung Wollmesheim; Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

3. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet wird das Verfahren zur 26. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz „Ecke Hagenauer Straße und Wollmesheimer Höhe“ eingeleitet. Der Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan „A 16, Altstadtblockbereich nördlich Theaterstraße/ östlich Kleiner Platz („Ufersche Höfe“); Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dieses Projekt sei für die Zukunft der Innenstadt von großer Bedeutung. Es gebe hierzu einen ergänzenden Begleitantrag der CDU-Stadtratsfraktion, den man hier direkt mitberate.

Ratsmitglied Saßnowski sprach von einem tollen Projekt, das ein Stück Historie in der Innenstadt wieder zum Leben erwecke. Man könne sagen, dass der Investor in vielerlei Hinsicht mutig sei. Vor allem in Hinblick darauf, dass nur 15 Parkplätze gebaut werden sollen. Die Uferschen Höfe würden ideal für dieses Projekt mit wenigen Parkplätzen liegen. Man brauche auch nicht mehr Parkplätze. Natürlich werde hier eine ordentliche Summe an Stellplatzabläse zusammenkommen. Dies müsse zusammen mit den bereits eingegangenen Erlösen aus früheren Projekten investiert werden. Den Antrag der CDU finde sie daher nachvollziehbar und schlage vor, diesen in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Löffel war der Meinung, dass man bei den Uferschen Höfen ein kleines schmuckes Quartier bekomme. Dieses Quartier werde erlebbar gemacht. Neben Wohnen in 55 Wohneinheiten werde dort ein Nahversorger, Gastronomie und Dienstleistungen entstehen. Man begrüße das Konzept ausdrücklich, da es ein sensibler Umgang mit historischem Boden sei. Daher könne man dort auch nicht in die Tiefe gehen. Dies bereite der CDU-Fraktion Kopfzerbrechen. Man müsse Alternativen überlegen, wie man eine Kompensation für die fehlenden Parkplätze schaffen könne.

Ratsmitglied Maier sprach von einem aus der Zeit gefallenem Antrag der CDU. Es gebe ja eine Alternative um die wegfallenden Parkplätze zu kompensieren und das sei der Altstadtshuttle. Offenbar traue die CDU ihren eigenen Beschlüssen nicht. Die Verwaltung habe aber wahrlich besseres zu tun, als den ambivalenten Ideen der Landauer CDU hinterher zu prüfen.

Ratsmitglied Freiermuth freute sich über diese Vorlage zur Entwicklung der Uferschen Höfe, aber auch über den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion. 15 Parkplätze für 55 Wohnungen seien schlicht zu wenig. Es sei gut, dass es hier auch bei den Grünen Erkenntnisgewinne gebe. Insgesamt werde dieses Viertel für Landau ein Gewinn sein.

Ratsmitglied Herrmann war der Auffassung, dass es ein sehr mutiger Investor sei, der die Uferschen Höfe entwickeln wolle. Auch er habe aber Sorge und Bedenken wegen der wenigen Parkplätze. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage aber zu.

Ratsmitglied Kleemann stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Die Leute, die dort hinziehen, würden wissen auf was sie sich einlassen. Daher könne man die Bedenken wegen der Parkplätze nicht nachvollziehen. Man sollte dies wagen.

Ratsmitglied Silbernagel begrüßte, dass das Gebiet bewohnbar und begehbar gemacht werde. Seiner Überzeugung nach habe man hierfür den richtigen Investor gefunden. Den Prüfantrag der CDU sehe man positiv, da man entscheiden müsse, was man perspektivisch mit den Stellplatzabläsen mache.



Ratsmitglied Schreiner schloss sich dem allgemeinen Lob für die Planung an. Die vorgesehenen Parkplätze halte man für ausreichend.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Stellplatzablöse für dieses Projekt alleine etwa 300.000 Euro sein werden. Insgesamt enthalte der Topf der Stellplatzablöse rund 1,3 Millionen Euro. Man habe aber auch die Pflicht, nicht nur das Geld abzukassieren, sondern auch zu investieren.

Beigeordneter Hartmann erklärte, dass aus seiner Sicht die Verordnung des Landes nicht so modern sei wie der Investor. Er sei hier auch völlig bei dem Antrag der CDU-Fraktion. Mit dem Geld, das aus der Stellplatzablöse eingenommen werde, müsse man etwas sinnvolles machen. Es seien aber absehbar noch mehr Projekte in der Pipeline, bei der diese Ablöse gezahlt werden müsse. Diese wolle man noch abwarten, um zu sehen wie groß das Volumen dann ist. Dies werde noch mindestens ein Jahr dauern, bis man über die Verwendung entscheiden könne.

Ratsmitglied Schwarzmüller sah keinen Bedarf für einen Lebensmittelmarkt an dieser Stelle. Daher werde sie sich ebenso wie Frau Albrecht enthalten.

Ratsmitglied Dr. Migl bat darum, die Vorlage und den Antrag getrennt abzustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

1. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet wird der Bebauungsplan „A 16, Altstadtblockbereich nördlich Theaterstraße/ östlich Kleiner Platz („Ufersche Höfe“)" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage des Geltungsbereichs, den in untenstehender Begründung formulierten Planungszielen und des in Anlage 2 beigefügten Vorentwurfs vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung eines mit dem Vorhabenträger vor Satzungsbeschluss abzuschließenden städtebaulichen Vertrags gemäß § 11 BauGB beauftragt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30.1. (öffentlich)**

**Begleitantrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ufersche Höfe**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 16. Juni 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 30 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, die Schaffung zusätzlicher Parkplätze bzw. alternativer Maßnahmen zu prüfen, wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

### **Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan „B2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/Maximilianstraße/Linienstraße (Kaufhofareal)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Entwicklung bei Kaufhof in den letzten Tagen sei dramatisch. Umso besser sei es, diesen Investor zu haben. Es sei eine glückliche Fügung, dass sich die Firma Ehret und Klein bei diesem Projekt engagiere. Er hoffe, dass dieses Objekt jetzt aus den tiefsten Tiefen zu höchsten Höhen aufsteige.

Ratsmitglied Heidbreder erklärte, dass das Aus von Kaufhof in Landau schlechte Nachrichten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien. In Landau könne man froh sein, dass es schon konkrete Pläne für dieses Areal gebe. Hier werde Wohnraum und Gewerbe geschaffen. Es gebe aber noch Nachbesserungspotential bei Photovoltaik und Elektromobilität, ebenso sollte ein KfW-Standard erreicht werden. Man sei gespannt auf das neue Stadttor, das hier entstehe und drücke die Daumen für den ambitionierten Zeitplan. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Burgdörfer unterstrich, dass die Planung durch einen Nutzungsmix überzeuge. Dieses Projekt könne zu einer Belebung des dortigen Raumes führen. Es sei gut, dass hier auch Wohnraum geschaffen werde. Kritisch merke sie an, dass auch hier zu wenige Stellplätze realisierbar seien. Besonders positiv sehe man, dass ein großer Fokus auf die Aufenthaltsqualität gelegt werde. Der Innenhof als neuer öffentlicher Platz werde zum Verweilen einladen. Das Projekt stelle aus städtebaulicher und sozialer Sicht eine große Aufwertung des Quartiers dar. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Rocker stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Man begrüße vor allem die vorgesehene flexible Nutzbarkeit des Projektes.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass der Kaufhof in die Jahre gekommen sei. Das sich dort etwas tue, sei sinnvoll. Man sollte sich aber über alternative Energien Gedanken machen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Herrmann war der Meinung, dass Nostalgie nicht angesagt sei. Es sei dies ein gutes Konzept, das gut durchdacht sei. Auch die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl hatte große Bedenken hinsichtlich des Investors und Preisträgers. Das geplante Einkaufszentrum wäre aus ihrer Sicht eine Konkurrenz für den Einzelhandel. Auch die bauliche Realisierung überzeuge nicht, der geplante hohe Turm passe nicht zu Landau. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es der Kaufhof gewesen sei, der den Pachtvertrag nicht habe verlängern wollen. Es sei auch ausdrücklich kein Mall-Konzept, das hier angestrebt werde.

Ratsmitglied Silbernagel begrüßte, dass man den richtigen Zeitpunkt für dieses Projekt gefunden habe. Das erstellte Konzept sei ausgesprochen modern und gleiche sich der umliegenden Wohnbebauung an. Es sollte auf jeden Fall die E-Mobilität berücksichtigt werden. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.



Ratsmitglied Schreiner war der Meinung, dass dies für das neue Stadtbild von Landau ein Upgrade sei. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 1 Nein-Stimme:

**Dem in der Anlage beigefügten Entwurf des städtebaulichen Vertrages zum Bebauungsplan „B2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/Maximilianstraße/Linienstraße wird zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)**

**Bebauungsplan „B 2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/ Maximilianstraße/ Linienstraße (Kaufhofareal); Entwurfs- und Offenlagebeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 1 Nein-Stimme:

4. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplans „B 2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/ Maximilianstraße/ Linienstraße“ vom Januar 2020 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse (März 2020) niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
5. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „B 2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ erfolgt nicht weiter als Vorhabenbezogener Bebauungsplan, sondern fortan als Angebotsbebauungsplan mit flankierendem städtebaulichem Vertrag.
6. Der Entwurf des Bebauungsplans „B 2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/ Maximilianstraße/ Linienstraße wird in der Fassung vom März 2020 zur Offenlage beschlossen. Die Begründung wird gebilligt (Anlagen 1-3).
7. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplans „B 2 – Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ für den Bereich Ostbahnstraße/ Maximilianstraße/ Linienstraße in der Fassung vom April 2019 nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 33. (öffentlich)**

**8. Änderung des Bauprogramms 2018 - 2021**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Das Bauprogramm 2018 - 2021 wird nach Anlage 1 geändert.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 34. (öffentlich)**

**Freigestellter Schülerverkehr Caritas Förderzentrum St. Laurentius und Paulus (Los 1) sowie Paul-Moor-Schule (Los 2); Vergabe der Dienstleistung „Schülerbeförderung“**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Auftrag zur Schülerbeförderung zum Caritas Förderzentrum St. Laurentius und Paulus (Los 1) sowie zur Paul-Moor-Schule (Los 2) an die Firma Malteser Hilfsdienst gemeinnützige GmbH, Frankfurter Straße 9, 65549 Limburg zu den (jährlichen) Preisen ihres Angebotes vom 19.5.2020 bei Los 1 i.H.v. 784.277,13 Euro sowie bei Los 2 i.H.v. 467.392,12 Euro zu vergeben.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 35. (öffentlich)**

**Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 4. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Änderung der „Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau –AÖR- über die Erhebung von Abgaben für die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung“ (Abgabensatzung Abwasserbeseitigung) als Satzung.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 36. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende teilte mit, dass das Diakonische Werk der Pfalz die Trägerschaft der Suchtberatung übernehmen werde.

Ratsmitglied Herrmann bat um Auskunft, in welchem Zeitraum die Wanderallee in der Königstraße umgesetzt werde.

Beigeordneter Hartmann erläuterte, dass dies Schritt für Schritt im Rahmen des Umbaus der Königstraße erfolgen werde.

Ratsmitglied Rocker wollte wissen ob es zutreffend sei, dass trotz der Corona-Lockerungen weiterhin die städtischen Ämter und Abteilungen nur eingeschränkt erreichbar seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass man Zug um Zug die Verwaltung wieder geöffnet habe. Die Schwierigkeit bestehe aber darin, dass man die Kontaktnachverfolgung sicherstellen müsse. Man versuche, individuelle Lösungen für die einzelnen Dienstgebäude zu finden.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Überprüfung der Einsatzpläne zum radikalen Rückschnitt der Bäume.

Beigeordneter Hartmann machte deutlich, dass Bäume nur dann radikal geschnitten würden, wenn sie eine Gefahr für Leib und Leben seien. Er könne anbieten, im Umweltausschuss einmal über dieses Thema grundsätzlich zu reden. Baumpflege und Schnittmaßnahmen seien im Übrigen von einer Baumschutzsatzung auch nicht betroffen.

Ratsmitglied Schwarzmüller zeigte kein Verständnis für den Umzug der Ausländerbehörde in das neue Dienstgebäude in der Klaus-von-Klitzing-Straße. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt leide darunter, man habe keine kurzen Wege mehr. Es sei auch nicht nachhaltig im Sinne des Umweltschutzes.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies für ihn nicht außerhalb der Stadt sei. Bei Raumbedarf sei es immer ein gewisses Puzzlespiel, weil viele Teile zu berücksichtigen seien. Er könne aber nicht erkennen, dass dies zu einem Informationsabriss führe.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach dem Sachstand hinsichtlich der WC-Anlage beim Spielplatz auf dem LGS-Gelände.

Der Vorsitzende erwiderte, dass sich dieses Thema schon seit Jahren hinziehe. Man sei in Gesprächen mit der Vinothek. Dies führe aber im Grunde zu der Grundsatzfrage, in wieweit man künftig an Spielplätzen in öffentlichen Parkanlagen Toiletten aufstelle. Auch bei der jetzt anstehenden Sanierung des Ostparks werde sich diese Frage stellen. Hier habe sich der Stadtvorstand dafür ausgesprochen, dort eine öffentliche Toilettenanlage mit in die Planung aufzunehmen. Dies müsse man nun noch im Zuschussantrag unterbringen. Nach der Sommerpause werde man dies auch noch mal entsprechend den Gremien vorlegen.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass gerade auf dem LGS-Gelände diesbezüglich eine gewisse Dringlichkeit bestehe.



Ratsmitglied Kerbstat sah ebenfalls die Priorität bei einer WC-Anlage auf dem LGS-Gelände.

Ratsmitglied Herrmann störte sich daran, dass es im Zusammenhang mit den verabscheuungswürdigen Morddrohungen gegen die Kollegen der LINKEN eine Vorverurteilung der AfD gegeben habe und man in die rechtsextremistische Ecke gestellt worden sei.

Der Vorsitzende stellte klar, dass das was der Rat verabschiedet habe, eine Resolution gegen rechte Gewalt und Extremismus gewesen sei. Man habe hier sehr wohl differenziert und niemand habe die Mitglieder der AfD im Stadtrat in die rechte Ecke gestellt.





Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 23.06.2020 umfasst 44 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 500.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Alexander Grassmann  
Beigeordneter